

## ARD-DeutschlandTREND Januar 2009

Das von der Großen Koalition geplante zweite Konjunkturpaket wird von 43 Prozent der Bürger als wirksames Instrument zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gesehen. Die Hälfte der deutschen Bevölkerung (51 Prozent) betrachtet dagegen ein solches Konjunkturpaket skeptisch. Von den diskutierten Einzelmaßnahmen halten die Bürger Investitionen in Schulen und Hochschulen sowie allgemeine Steuersenkungen (jeweils 61:36 Prozent) für am wirksamsten. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur finden ein geteiltes Echo (46:50 Prozent). Von einer Senkung der Krankenkassenbeiträge werden die geringsten Impulse für die Wirtschaft erwartet (44:51 Prozent). Wenn die Bevölkerung nach der Verabschiedung des zweiten Konjunkturpakets mehr Geld zur Verfügung haben sollte, würde knapp die Hälfte der Bürger (44 Prozent) dieses für Konsum ausgeben: zu 23 Prozent für Anschaffungen, zu 21 Prozent für den Lebensunterhalt. Hingegen würde gut jeder Dritte (36 Prozent) die zusätzlichen Mittel erst einmal sparen und weitere 15 Prozent würden sie für ihre Altersvorsorge einsetzen.

Zu Beginn des Wahljahres wird die schwarz-rote Bundesregierung erneut besser bewertet als im Vormonat: Derzeit sind 42 Prozent mit der Arbeit der Großen Koalition zufrieden (+2 Punkte im Vergleich zum Dezember). Im Unterschied dazu müssen fast alle Spitzenpolitiker teils deutliche Ansehensverluste hinnehmen. Derzeit liegen SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier (-8) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (+1) mit einem Zustimmungswert von jeweils 66 Prozent auf Platz 1 der Rangliste.

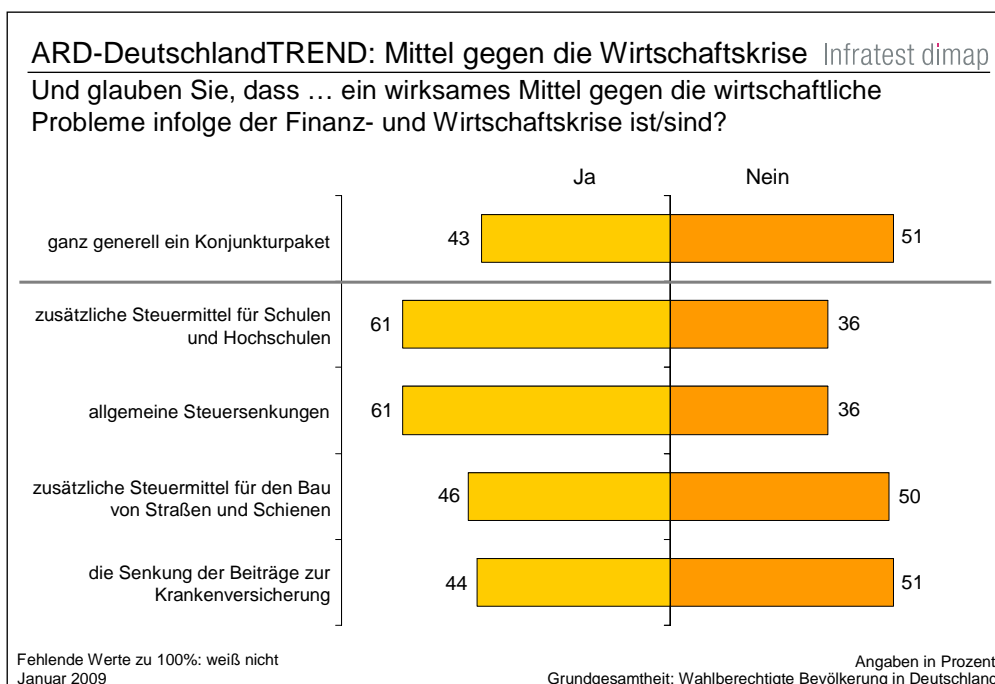
Die SPD-Parteispitze hat eine Zusammenarbeit mit der Linken auf Bundesebene ausgeschlossen. Die Glaubwürdigkeit dieser Zusicherung ist bei der Bevölkerung allerdings umstritten: Nach Auffassung von 46 Prozent der Deutschen würden die Sozialdemokraten ein solches Bündnis eingehen, falls es nach der kommenden Bundestagswahl eine Mehrheit für SPD, Grüne und Linke geben sollte. Etwa genauso viele (48 Prozent) glauben, die SPD würde bei ihrer Ablehnung bleiben. Die von Steinmeier und Müntefering stärker akzentuierte Abgrenzung gegenüber der Linkspartei wirkt offenbar deutlich glaubwürdiger als der unter Kurt Beck praktizierte Kurs: Im März 2008 glaubten noch 61 Prozent, dass die SPD die Option einer Regierungsbildung unter Einschluss der Linken auch nutzen würde.

Zu Beginn des Wahljahres kämen die Unionsparteien unverändert auf 37 Prozent der Stimmen. Für die SPD würden sich 26 Prozent entscheiden. Sie legt damit binnen Monatsfrist um 3 Punkte zu. Drittstärkste Kraft wäre zum jetzigen Zeitpunkt die FDP (13 Prozent, +1). Die Grünen wie auch die Linken verlieren 2 Punkte und kämen jeweils auf 10 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent der Stimmen erreichen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Januar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 5. bis 6. Januar 1.000, für die Sonntagsfrage vom 5. bis 7. Januar 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Zweites Konjunkturpaket: Jeder Zweite ist skeptisch

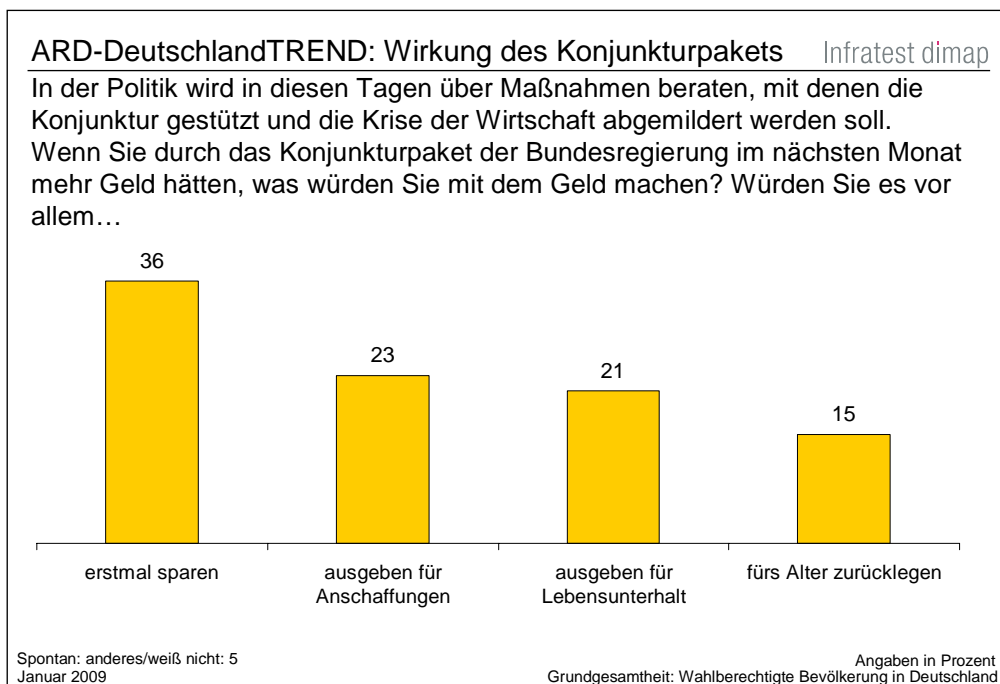
Die Große Koalition erarbeitet derzeit ein zweites Konjunkturpaket, um die wirtschaftlichen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland abzufedern. Der Koalitionsausschuss hat dafür am letzten Montag einen Finanzrahmen von 50 Milliarden Euro beschlossen. Vier von zehn Bürgern (43 Prozent) sehen die Chance, dass die Politik mit der Verabschiedung eines solchen Maßnahmenkatalogs den Abschwung bremsen kann. Die Hälfte der deutschen Bevölkerung (51 Prozent) hält dagegen ein solches Konjunkturpaket für kein probates Mittel zur Abmilderung der Wirtschaftskrise.



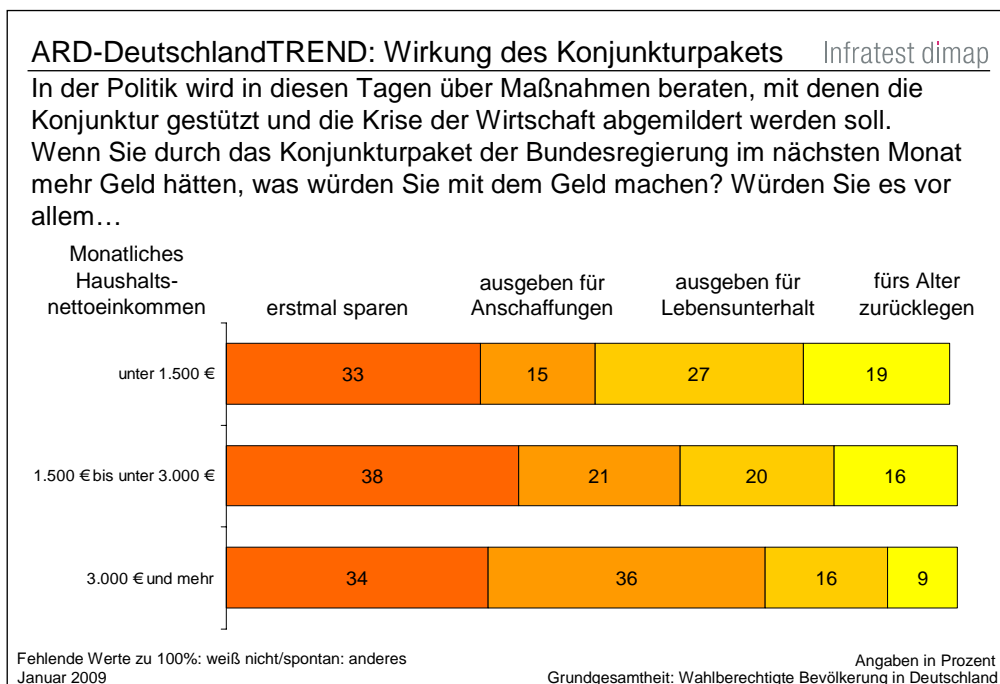
Über die in dem Konjunkturpaket enthaltenen Einzelmaßnahmen wird in der Bundesregierung noch heftig debattiert. Investitionen in Schulen und Hochschulen sowie allgemeine Steuersenkungen halten jeweils 61 Prozent der deutschen Bevölkerung für ein wirksames Mittel gegen die Konjunkturflaute, jeweils 36 Prozent sind nicht dieser Meinung. Auf geteiltes Echo stoßen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur: Die Bereitstellung zusätzlicher Steuermittel für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz finden 46 Prozent der Deutschen sinnvoll, jeder Zweite befürchtet, dass dies die Krise nicht mildern wird (50 Prozent). Die Skepsis ist bei der Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung am größten: 51 Prozent erwarten daraus keine Impulse für die Wirtschaft.

## Mehr Geld für die Bürger würde nur teilweise für den Konsum verwendet

Viele Wirtschaftsexperten haben in den letzten Wochen betont, dass eine starke Binnennachfrage eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass die Konjunktur in Deutschland nicht allzu sehr ins Minus gerät. Die von der Bundesregierung derzeit diskutierten Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft, sollen unter anderem das verfügbare Einkommen der Bürger erhöhen. Wenn die Bevölkerung nach der Verabschiedung des zweiten Konjunkturpakets mehr Geld bekommen sollte, würde knapp die Hälfte der Bürger (44 Prozent) dieses für Konsumgüter ausgeben: Bei knapp jedem Vierten (23 Prozent) käme das zusätzliche Einkommen größeren Anschaffungen zu Gute. Für den Lebensunterhalt würden es 21 Prozent ausgeben. Hingegen erklärt gut jeder Dritte (36 Prozent), er würde die zusätzlichen Mittel erst einmal sparen und weitere 15 Prozent würden damit ihre Altersvorsorge aufbessern.

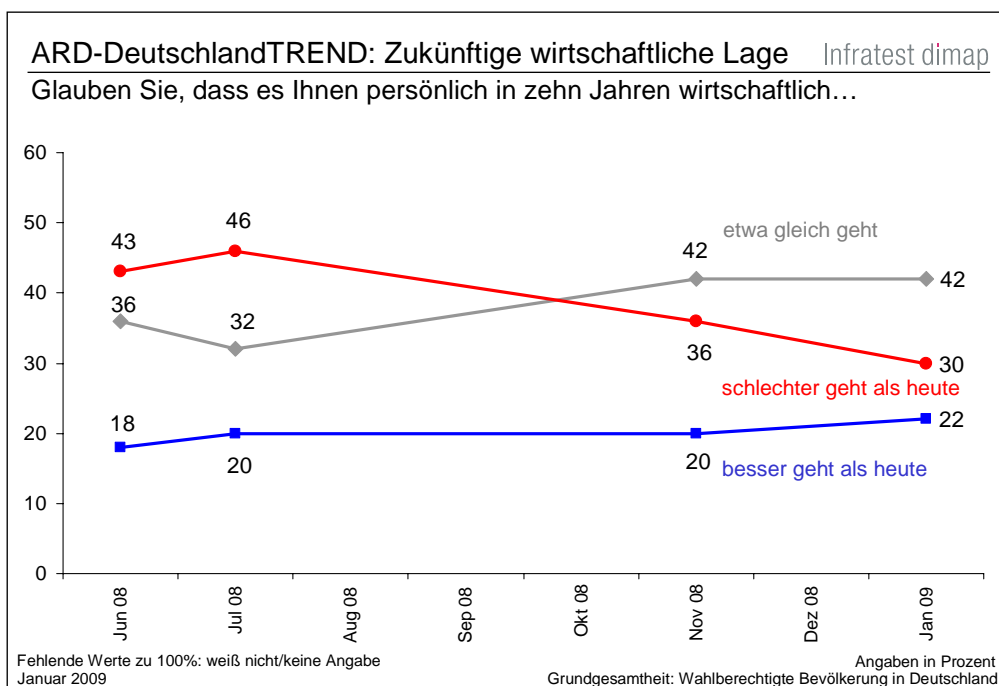


Die Verwendung zusätzlicher Einkünfte ist dabei nur zum Teil eine Frage des derzeit verfügbaren Einkommens. In allen Einkommensgruppen landet es bei gut einem Drittel zunächst auf dem Sparbuch. Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3.000 Euro würden das Geld zu 36 Prozent für größere Anschaffungen einsetzen, in der Gruppe mit einem Einkommen bis 1.500 Euro täten dies nur 15 Prozent. Hier liegt der Anteil derer, die damit den Lebensunterhalt bestreiten würden, mit 27 Prozent dafür entsprechend höher.



## Verhaltene Erwartung an die eigene wirtschaftliche Lage in der Zukunft

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise macht sich ein knappes Drittel der Deutschen um die eigene wirtschaftliche Situation langfristig Sorgen: 30 Prozent befürchten, dass es ihnen in zehn Jahren eher schlechter gehen wird als heute. Vier von zehn (42 Prozent) gehen nicht von gravierenden Änderungen aus. Immerhin mehr als jeder Fünfte (22 Prozent) sieht der langfristigen Entwicklung seiner persönlichen ökonomischen Situation optimistisch entgegen. Sechs Prozent der Befragten können oder wollen sich dazu nicht äußern.

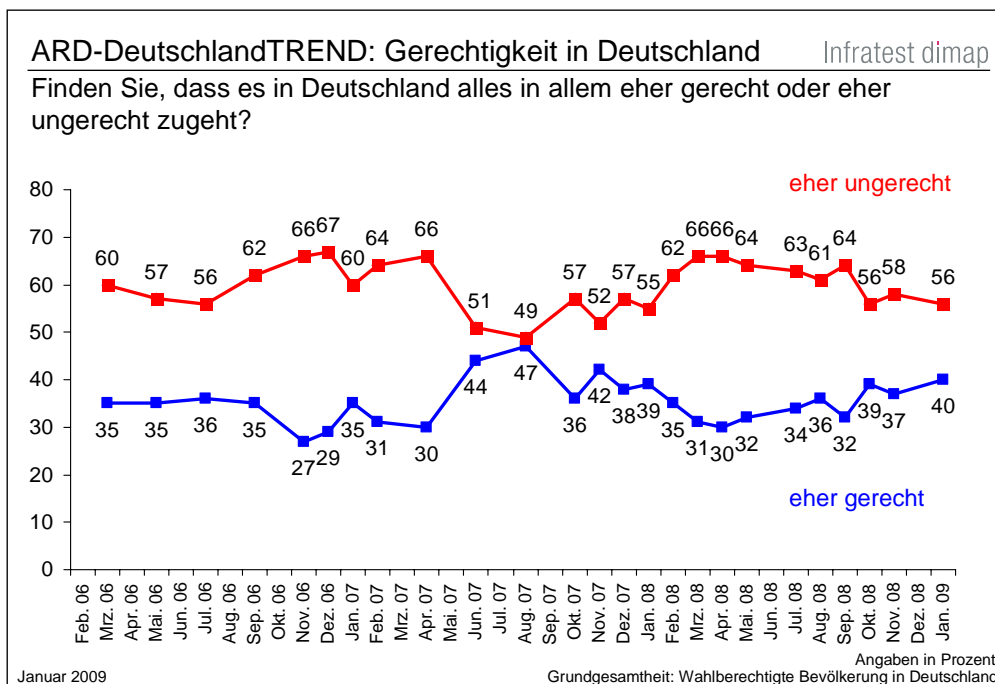


Im Sommer, als das Ausmaß der internationalen Finanzkrise noch nicht umfassend bekannt war, hatten weit mehr Befragte pessimistische Erwartungen. Offenbar haben die damals rasant steigenden Preise die Bundesbürger wegen der unmittelbaren Betroffenheit weit mehr beunruhigt als die Finanzkrise, von der die meisten – noch – nicht direkt beeinträchtigt werden. Möglicherweise tragen auch die Bemühungen der Bundesregierung, die mit Konjunkturpaketen die Folgen der Krise abzumildern versucht, dazu bei, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung nicht zu groß und Hoffnung auf ein Überstehen der Krise genährt werden.

Hoffnung auf eine Verbesserung ihres aktuellen Lebensstandards haben vor allem die jüngeren Befragten von 25 bis 34 Jahren, die am Anfang ihres Berufslebens stehen. Demgegenüber sind die älteren Jahrgänge ab 45 Jahren überdurchschnittlich pessimistisch.

## Gerechtigkeitslücke etwas kleiner geworden

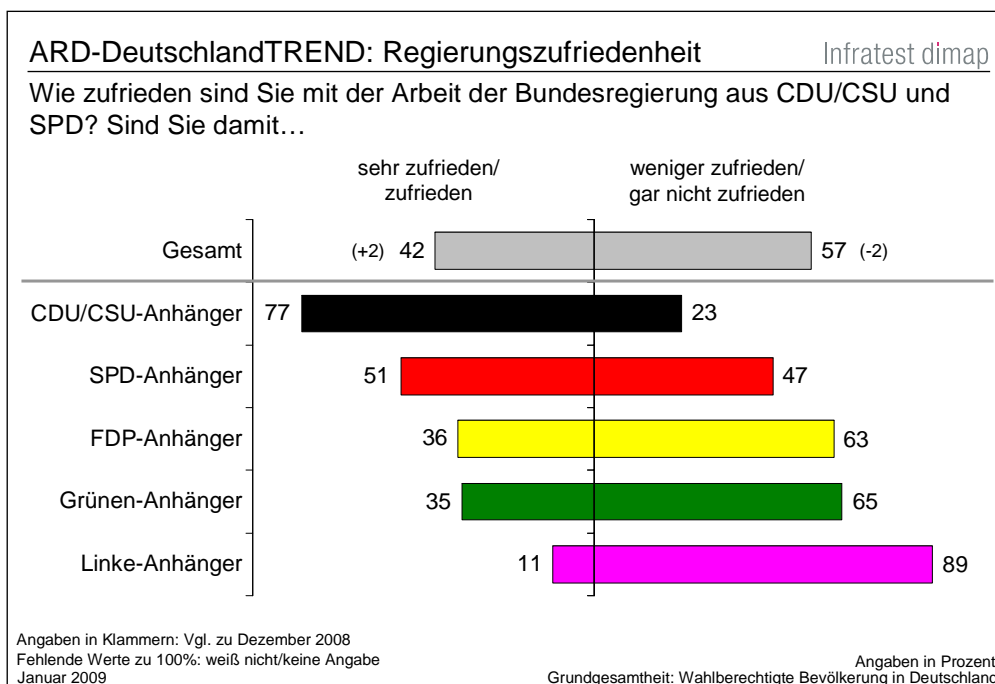
Vier von zehn Bundesbürgern (40 Prozent) finden, in Deutschland gehe es alles in allem eher gerecht zu. Die Mehrzahl von 56 Prozent ist hingegen eher vom Gegenteil überzeugt. Dabei wird die soziale Schieflage in den neuen Bundesländern weitaus stärker empfunden als im Westen. Im alten Bundesgebiet stehen 44 Prozent positiven Urteilen 51 Prozent kritische Einschätzungen gegenüber. Im Osten bezeichnen hingegen 73 Prozent die Verhältnisse hierzulande als ungerecht, während lediglich jeder Vierte (25 Prozent) ein angemessenes Maß an Gerechtigkeit verwirklicht sieht.



Die Urteile fallen damit auch hier etwas günstiger aus als im Vorjahr: Im vergangenen November stufte 37 Prozent die Lage in Deutschland als gerecht ein und 58 Prozent machten ein Gerechtigkeitsdefizit aus. Die leichte Verbesserung der Stimmungslage ist in beiden Teilen des Landes in gleichem Maße zu beobachten.

## Bewertung der Bundesregierung: Positivtrend setzt sich fort

Zu Beginn des Wahljahres 2009 wird die schwarz-rote Koalition erneut besser bewertet als im Vormonat: Derzeit bekommt die Bundesregierung von 42 Prozent der Bürger Lob, weil sie mit ihren Leistungen sehr (1 Prozent) bzw. überwiegend (41 Prozent) zufrieden sind. Allerdings äußert sich auch weiterhin die Mehrzahl kritisch über das Berliner Kabinett (57 Prozent): Weniger zufrieden mit der Regierungsarbeit sind 43 Prozent und weitere 14 Prozent lehnen sie rundweg ab.

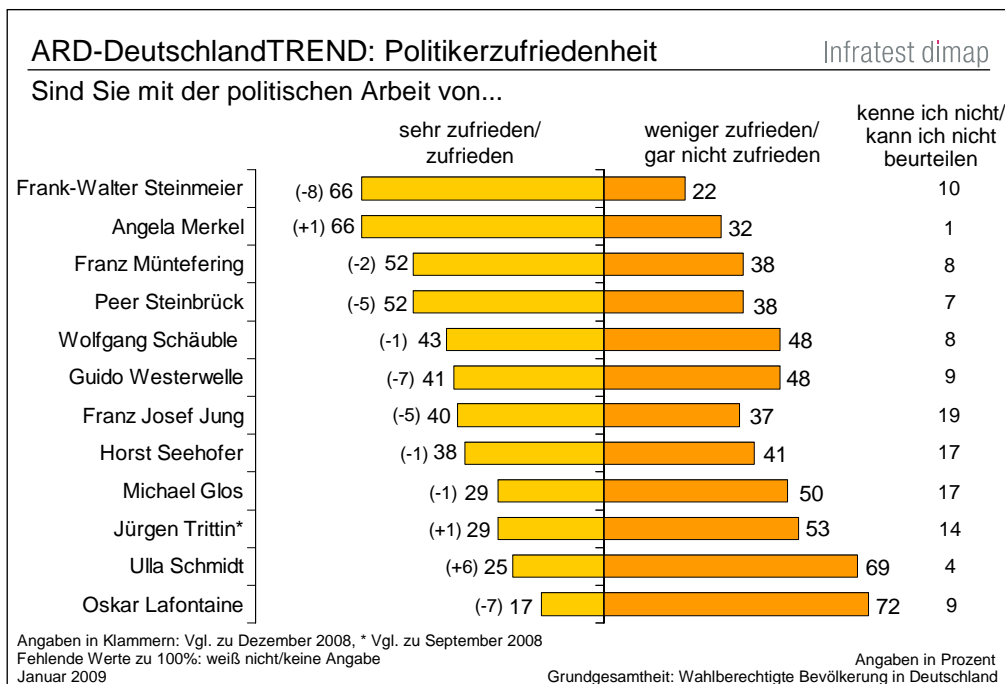


Das Ansehen der Regierung Merkel hat sich damit in den letzten Monaten kontinuierlich verbessert. Im September fällten lediglich 31 Prozent ein positives Urteil über deren Arbeit, mittlerweile sind es 11 Punkte mehr.

Deutlich an Zustimmung gewinnen konnte das Bundeskabinett bei den Anhängern der beiden Regierungsparteien. Im Lager der CDU sind die positiven Stimmen um 19 Punkte häufiger zu hören, in den Reihen der SPD liegt der Zuwachs bei 11 Punkten – damit vergeben die sozialdemokratischen Anhänger anders als im Dezember wieder mehrheitlich gute Noten.

## Politikerzufriedenheit: fast durchgehend Ansehensverluste

Im Unterschied zur verbesserten Bewertung der Bundesregierung müssen fast alle Spitzenpolitiker deutliche Ansehensverluste hinnehmen. Während die Spitzen von Union und SPD vor Weihnachten vor allem mit ihrer Entschlossenheit bei der Bekämpfung der Finanzkrise punkten konnten, werden sie zu Beginn des Superwahljahres 2009 zunehmend als Parteipolitiker wahrgenommen, die in der Diskussion um ein zweites Konjunkturpaket ihre Vorhaben durchsetzen wollen. Besonders deutlich verliert Außenminister Frank-Walter Steinmeier: Als Folge eines Minus von 8 Punkten liegt der SPD-Kanzlerkandidat derzeit gleichauf mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (+1 Punkt) mit jeweils 66 Prozent positiven Bewertungen. Im Dezember wurde Steinmeier noch deutlich besser bewertet als die Kanzlerin, die im Vormonat vergleichbare Einbußen hinnehmen musste. Sowohl Finanzminister Peer Steinbrück (-5) als auch SPD-Chef Franz Müntefering (-3) müssen Popularitätseinbußen verkraften und nehmen mit jeweils 52 Prozent wohlwollender Bewertungen gemeinsam den dritten Platz der Beliebtheitskala ein.

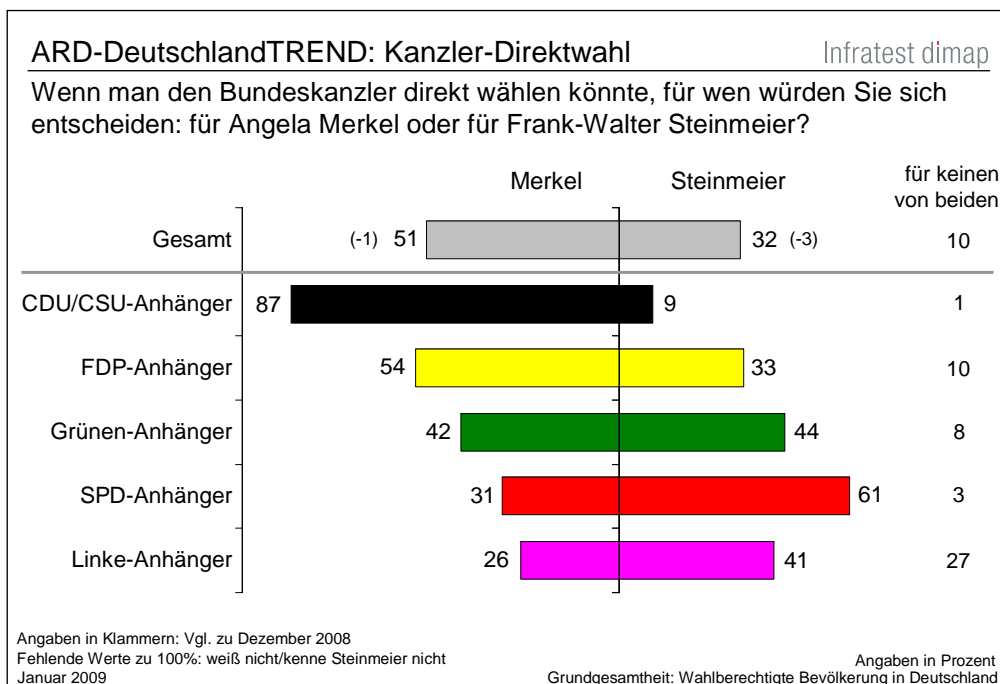


Innenminister Wolfgang Schäuble erhält von 43 Prozent positive Beurteilungen (-1). Er liegt damit vor dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle und Verteidigungsminister Franz Josef Jung, die beide Sympathieverluste hinnehmen müssen und derzeit von 41 (-7) bzw. 40 Prozent (-5) der Bürger gute Noten bekommen. Knapp dahinter platziert sich der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (38 Prozent, -1).

Mit deutlichem Abstand folgt CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos, gleichauf mit dem grünen Spitzenkandidaten Jürgen Trittin (jeweils 29 Prozent). Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bekommt zwar von den abgefragten Kabinettsmitglieder den geringsten Zuspruch, kann allerdings ihr Ansehen gegen den allgemeinen Trend deutlich verbessern (25 Prozent, +6). Auf dem letzten Platz der in diesem Monat abgefragten Politiker rangiert der Vorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, der als Folge eines Minus von 7 Punkten nur noch auf eine Zustimmungsrate von 17 Prozent kommt.

### Kanzler-Direktwahl: Merkel weiter deutlich vor Steinmeier

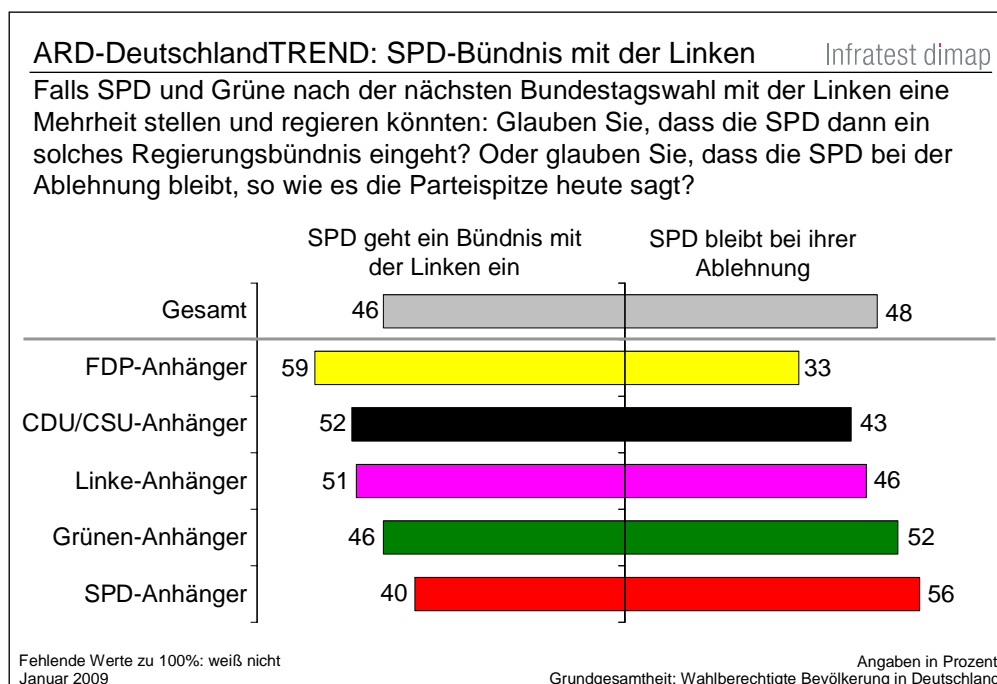
Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers würden sich derzeit 51 Prozent der Wahlberechtigten für die Amtsinhaberin Angela Merkel entscheiden, auf ihren SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier entfielen 32 Prozent der Stimmen. Gegenüber dem Vormonat haben beide Aspiranten an Zustimmung eingebüßt, Angela Merkel allerdings lediglich 1 Punkt, der Sozialdemokrat hingegen 3 Punkte.



Auch zu Beginn des Wahljahres vermag die CDU-Chefin in ihren eigenen Reihen deutlich stärker zu mobilisieren als ihr Kontrahent bei den sozialdemokratischen Parteianhängern.

## Zusammenarbeit mit der Linken: Glaubwürdigkeit der SPD umstritten

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat vor einiger Zeit erklärt, Koalitionen seiner Partei mit den Linken seien auf Länderebene durchaus vorstellbar. Eine Zusammenarbeit auf Bundesebene schloss er hingegen definitiv aus. Die Glaubwürdigkeit dieser Zusicherung ist bei der Bevölkerung allerdings umstritten. Sollte es nach der kommenden Bundestagswahl eine Mehrheit für SPD, Grüne und Linke geben, würden die Sozialdemokraten nach Überzeugung von 46 Prozent ein solches Bündnis eingehen. Etwa genauso viele (48 Prozent) glauben, die SPD würde bei ihrer Ablehnung bleiben.

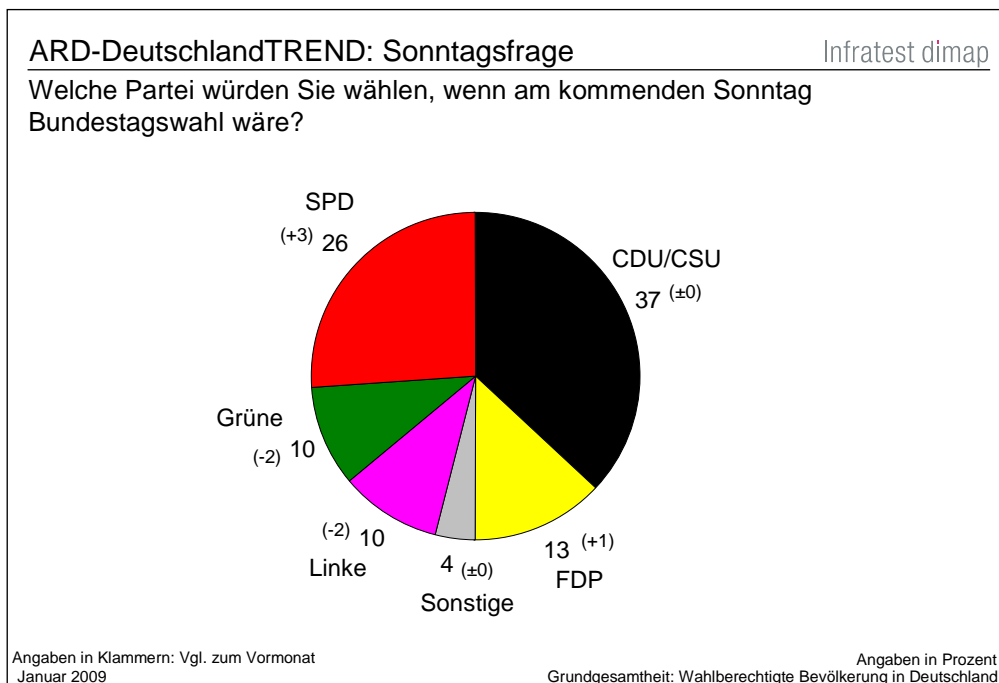


Im Lager der SPD selbst rechnet hingegen eine Mehrheit von 56 Prozent damit, dass es in einem solchen Fall nicht zu einer Koalition mit der Linkspartei kommen wird. Auch in der Anhängerschaft der Grünen ist diese Einschätzung die Mehrheitsmeinung (52 Prozent). Im Gegensatz dazu hält die Mehrzahl der Wähler der Linken (51 Prozent) ein Zusammengehen mit der SPD für wahrscheinlich, falls die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag dies zulassen.

Die von Steinmeier und Müntefering stärker akzentuierte Abgrenzung gegenüber der Linkspartei wirkt offenbar deutlich glaubwürdiger als der unter Kurt Beck praktizierte Kurs: Vor zehn Monaten, im März 2008, hielten es noch 61 Prozent der Bundesbürger für denkbar, dass die SPD bereit sein könnte, ein Bündnis mit den Linken einzugehen. Diese Einschätzung teilte seinerzeit auch die Mehrheit von 56 Prozent der SPD-Anhänger. In den Reihen der Linken glaubten sogar vier von fünf (79 Prozent) an die Möglichkeit einer rot-roten Koalition.

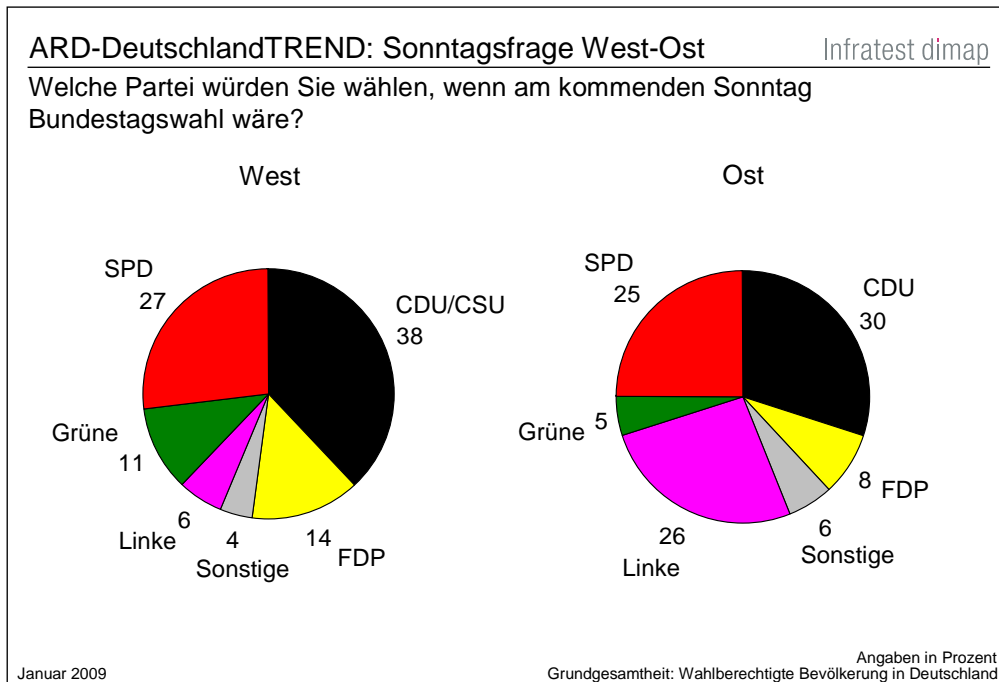
### Sonntagsfrage: Union stabil, SPD mit deutlichem Zuwachs

Zu Beginn des Bundestagswahljahres ist die politische Stimmung stabil für die Union, während die SPD wieder etwas größere Unterstützung erfährt. Wenn die Bundesbürger bereits am nächsten Sonntag zur Wahlurne gerufen würden, kämen die Unionsparteien auf 37 Prozent der Stimmen. Die CDU/CSU kann damit genauso viele Wähler von sich überzeugen wie in den beiden Vormonaten. Für die SPD würden sich 26 Prozent entscheiden. Sie legt damit binnen Monatsfrist um 3 Punkte zu. Drittstärkste Kraft wäre zum jetzigen Zeitpunkt die FDP (13 Prozent, +1). Die Grünen wie auch die Linken verlieren 2 Punkte und kämen jeweils auf einen Stimmenanteil von 10 Prozent. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent der Stimmen erreichen.



Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, hätte neben einer Großen Koalition auch ein schwarz-gelbes Bündnis eine Mehrheit der Sitze im Bundestag.

In den **alten Bundesländern**<sup>1</sup> kann die CDU/CSU derzeit einen Stimmenanteil von 38 Prozent erreichen. Die SPD könnte im Westen der Republik 27 Prozent der Wählervoten auf sich vereinen. Die FDP läge mit 14 Prozent vor den Grünen mit 11 Prozent. Die Linke kann derzeit 6 Prozent der Wähler im Westen von sich überzeugen.



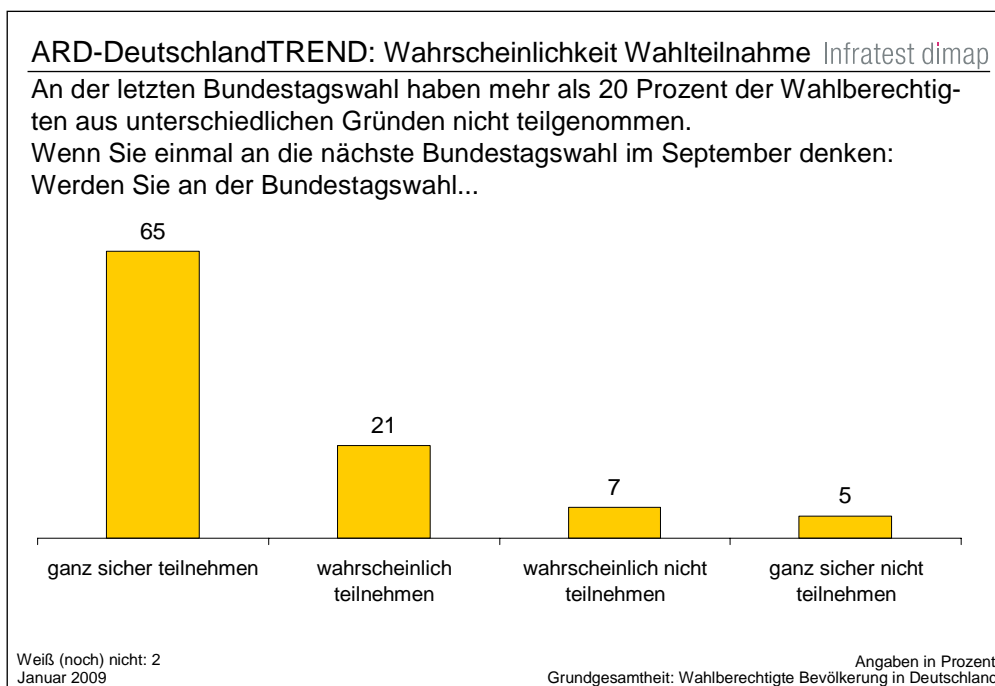
In den **neuen Bundesländern** wäre die CDU stärkste Partei (30 Prozent). Die Linke würde derzeit 26 Prozent in Ostdeutschland erreichen, knapp vor der SPD mit 25 Prozent. Die Liberalen liegen in den neuen Ländern aktuell mit 8 Prozent vor den Grünen (5 Prozent).

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

<sup>1</sup> Bisher wurde der Westteil Berlins als Teil von Westdeutschland ausgewertet. Seit Januar 2009 werden die westlichen Berliner Bezirke als Teil von Ostdeutschland ausgewertet und damit an die Einteilung der Statistischen Ämter angepasst.

## Bundestagswahl: Zwei Drittel wollen sicher teilnehmen

Knapp neun Monate vor der Bundestagswahl sind sich etliche Wahlberechtigte noch unsicher, ob sie an der Abstimmung teilnehmen werden: Lediglich 65 Prozent äußern die feste Absicht, sich an dem Urnengang im September zu beteiligen. Ein Fünftel (21 Prozent) wird nach eigener Aussage wahrscheinlich teilnehmen – erfahrungsgemäß setzt allerdings ein beträchtlicher Teil diese vage formulierte Absicht nicht um. Sieben Prozent wollen ihr Wahlrecht vermutlich nicht und 5 Prozent ganz sicher nicht wahrnehmen.

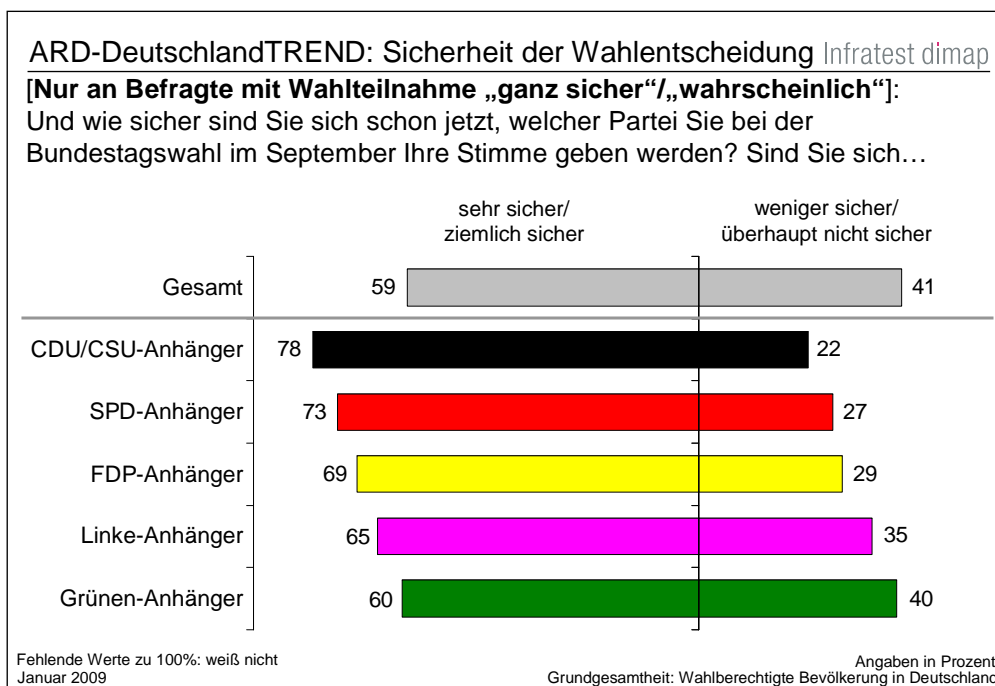


Die Analyse der einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die Wahlabsicht bei den über 60jährigen (73 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt ist als bei den jüngsten Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 24 Jahren (42 Prozent). Dieser Befund bestätigt die Erkenntnis früherer Urnengänge, dass die älteren Wahlberechtigten die Teilnahme an einer Bundestagswahl aufgrund langjähriger politischer Sozialisation als "Bürgerpflicht" ansehen und deren Beteiligungsrate deshalb besonders hoch ausfällt.

Zwischen den Parteianhängerschaften zeigen sich deutliche Unterschiede: Während überdurchschnittlich viele Unions- (80 Prozent) und Grünen-Anhänger (78 Prozent) teilnehmen wollen, ist die Beteiligungsabsicht bei aktuellen SPD-Anhängern unterdurchschnittlich (71 Prozent).

## Viele sind sich ihrer Wahlabsicht noch nicht sicher

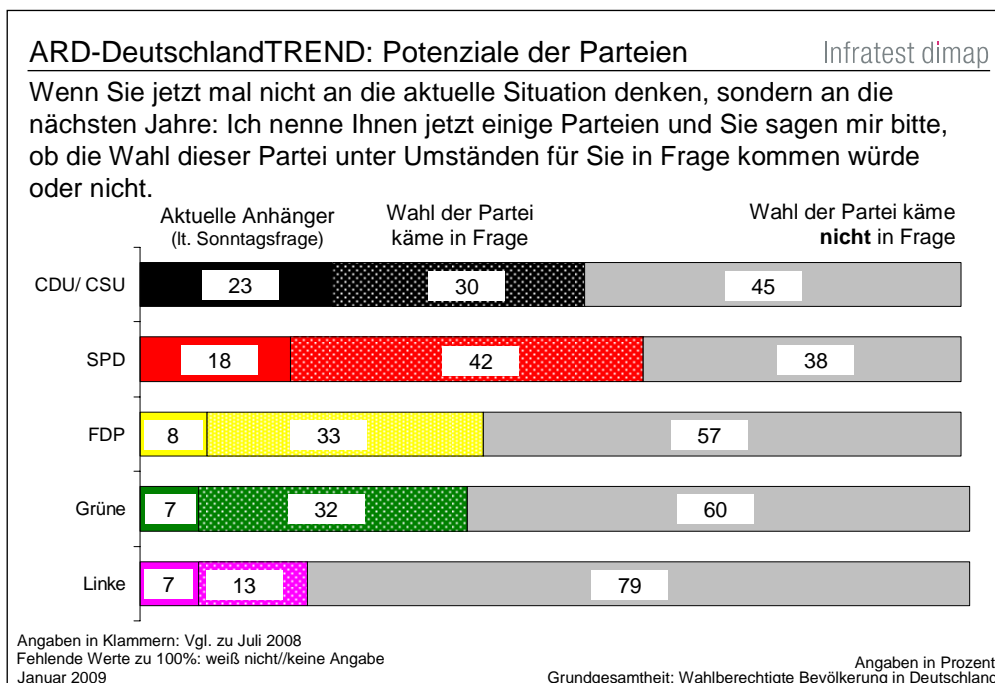
Nicht alle Befragten, die sich an dem Urnengang Ende September beteiligen wollen, sind sich ihrer Wahlabsicht jedoch jetzt schon sicher. Derzeit äußern sich vier von zehn Befragten, die eine Wahlteilnahme beabsichtigen, weniger (25 Prozent) bzw. überhaupt nicht sicher (16 Prozent), welcher Partei sie ihrer Stimme geben werden. Demgegenüber sind sechs von zehn sehr sicher (27 Prozent) bzw. ziemlich sicher (32 Prozent), bei welcher Partei sie ihr Kreuzchen machen werden.



In den verschiedenen Parteianhängerschaften sind sich die derzeitigen Unions-Anhänger am sichersten, welcher Partei sie ihre Stimme bei dem kommenden Urnengang geben. Demgegenüber ist die Unsicherheit bei den aktuellen Anhängern der Grünen am größten.

## Parteipotenziale: SPD mit Vorteilen gegenüber der Union

Seit der letzten Bundestagswahl gelang es der SPD im DeutschlandTREND nur einmal, in der Wählergunst besser abzuschneiden als die Union. Zu Beginn des Wahljahres 2009 verharren die Sozialdemokraten weiter unter der 30-Prozentmarke und liegen damit deutlich hinter den Christdemokraten zurück. Mit Blick in die Zukunft kann sich die SPD allerdings größere Hoffnungen machen, denn das Potenzial der für die SPD zumindest prinzipiell ansprechbaren Wähler ist mit 60 Prozent größer als das der Union (53 Prozent): Derzeit würden rund 18 Prozent aller Wahlberechtigten für die Müntefering-Partei stimmen, für weitere 42 Prozent käme die Wahl der SPD zukünftig in Frage. Die Union weiß zwar zur Zeit mehr Anhänger hinter sich (23 Prozent), das Potenzial für die nächsten Jahre ist jedoch deutlich geringer (30 Prozent). Das Wählerreservoir für FDP (8 Prozent Anhänger plus 33 Prozent Potenzial) und Grüne (7 Prozent Anhänger plus 32 Prozent Potenzial) ist mit rund 40 Prozent etwa gleich groß. Die Linke verfügt über ein deutlich kleineres Potenzial: Sieben Prozent der Wahlberechtigten gäben derzeit ihre Stimme der Linkspartei, lediglich 13 Prozent können sich die Wahl dieser Partei in den nächsten Jahren zumindest grundsätzlich vorstellen.



Das Gesamtpotenzial der Linkspartei ist im Osten Deutschlands zwar deutlich größer als im Westen, reicht aber auch in den neuen Bundesländern nicht über das der Grünen oder der FDP hinaus.